



BürgerInneninitiative gegen die Einrichtung eines Großbordells in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 3. Mai 2008

„Das Rotlichtmilieu ist im Anmarsch“

Initiative: „dubiose Wellness-Center“

Fortsetzung von Seite 1
von Anna Ntemiris

Marburg. Seit dem Prostitutionsgesetz 2002 schießen nach Ansicht von Schwester Dr. Lea Ackermann, Gründerin der Frauen-Beratungsstelle Solwidi, dubiose „Wellness-Center wie Pilze aus dem Boden“. Gemeint sind Einrichtungen, die statt Gesundheitsberaterinnen Prostituierte einstellen.

Dieser Ansicht ist auch Inge Hauschild-Schön, Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen Bordelle. „Das Rotlichtmilieu ist im Anmarsch. Wir müssen uns zusammentun“, sagt sie. Hauschild-Schön sagt, dass derzeit immer mehr Betreiber neue Gewerbe im ländlichen Raum anmelden wollen. Sie sei diese Woche von Initiativen aus der Pfalz kontaktiert worden, die sich dort ebenfalls gegen neue Bordelle wehren. Ackermann hingegen berichtete von Bordellvergrößerungen in Großstädten wie Köln.

In Marburg konnte die BI das Großbordell in der Siemensstraße nicht verhindern. Lea Ackermann gab der BI Mut: „Wir finden uns nicht damit ab, wenn wir den Kampf verlieren. Wir sind in Deutschland oft so liberal, dass wir uns nicht mehr zu sagen trauen, was wir nicht gut finden.“ Nicht gut findet die BI um Hauschild-Schön jegliche Großbordelle. Die BI werde daher auf jeden Fall auf die Barrikaden gehen, wenn in Stadtallendorf aus der Anfrage



Schwester Dr. Lea Ackermann gründete ein internationales Hilfsprojekt für Frauen, die aus Armut zur Prostitution gezwungen werden.

für Bordellgründungen ein Antrag werde. Ebenfalls beobachtete die BI, wie Massage-Studios oder andere so genannte Wellness-Betreiber mit Anzeigen für Angebote werben, die in Richtung Sex gehen, so Hauschild-Schön. Auch die Marburger CDU-Stadtverordnete Hannelore Gottschlich sprach dieses Thema in jüngster Zeit mehrmals an.

Die CDU-Fraktion hatte auch eine große Anfrage an den Magistrat zum Thema Bordell gestellt. Darin wurde unter anderem gefragt, was in einem Haus in der Köhlersgrundgasse stattfindet. Laut Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) gibt es keinerlei Hinweise, dass in dem Wohnhaus Prostituierte ihrem Gewerbe nachgehen.